



Pensionskassen und AHV 2020

Am Mittwoch hat der Bundesrat die Vorlage für die Vernehmlassung einer Rentenreform verabschiedet. Die aus Sicht der Regierung notwendigen Reformen von AHV und beruflicher Vorsorge sollen in einem einzigen Paket realisiert werden: Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV um maximal 2 Prozent, Angleichung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre, Individualisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70, Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6 Prozent pro Jahr im Obligatorium, Reduktion der Gewinnmöglichkeiten der Versicherungen. Die Vorschläge des Bundesrates sind interessant und nicht so schlecht, wie sie von den Sozialpartnern beurteilt werden. Vor allem die Idee des Gesamtpaketes und das Setzen von Anreizen, den Pensionierungszeitpunkt freiwillig hinauszuschieben, gehen in die richtige Richtung. Trotzdem bleibt Raum für Verbesserungen: Zum Ersten muss die Diskussion über eine dynamische Aufteilung der Lebenszeit auf Arbeit und Pensionierung geführt werden. Der anhaltenden Erhöhung der Lebenserwartung um 2 bis 3 Monate pro Kalenderjahr kann nicht mit einer starren Richtschnur für die «normale» Pensionierung im Alter 65 begegnet werden. Hier braucht es eine einfache Formel, wie der Pensionierungszeitpunkt automatisch erhöht wird. Zum Zweiten ist der vorgeschlagene Umwandlungssatz deutlich zu hoch; er sollte heute weniger als 5 Prozent pro Jahr betragen. Beim vorgeschlagenen Satz wird es weiterhin im grossen Stil zu Umverteilungen von Jung zu Alt und von hohen zu tiefen Einkommen kommen. Und die Anreize, sich wegen zu hoher Rentenzahlungen und solcher De-facto-Enteignungen vor allem hoher Einkommen vorzeitig pensionieren zu lassen, werden kaum abgeschwächt. Dabei braucht es für das Gleichgewicht der AHV gerade die AHV-Beiträge auf diesen hohen Einkommen, die wie eine reine Steuer wirken. Schliesslich werden die wichtigsten Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der Sozialversicherung, nämlich Wettbewerb und Transparenz in der 2. Säule und eine generelle Entbürokratisierung der Wirtschaft, kaum angesprochen. Mit solchen Massnahmen könnte man die vorgeschlagene Steuererhöhung mindestens zum Teil überflüssig machen.

Das Parlament muss eine grosse Arbeit leisten, um eine intelligente, ausgewogene und dauerhaft stabile Lösung zu erarbeiten, die sowohl von Volk und Ständen akzeptiert wird als auch «griechische Zustände» in der Sozialversicherung zuverlässig ausschliesst.